

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 44 (1964-1965)
Heft: 4

Artikel: Das Ringen um den Staat der Zukunft
Autor: Hassel, Ulrich von
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161615>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Ringen um den Staat der Zukunft

ULRICH VON HASSELL †

In seinem von idealer Begeisterung für den Nationalsozialismus erfüllten Buche: «La gerbe des forces» geht A. de Chateaubriant von der gewaltigen Evolution aus, die sich im europäischen Menschen und um ihn herum vollzieht, von dem «déplacement de toutes lignes et de tous les plans de la vie», von der gründlichen Erschütterung aller Werte der Moral und Politik¹. Er warnt davor, in den neuen Bewegungen der Völker nur das Werk politischer Gedanken zu erblicken, Bewegungen, die vielmehr darauf gerichtet seien, in der «désagrégation des précédentes cohésions humaines» die Gesetze der Gemeinschaft wiederzufinden. Der gewaltige in den vergangenen Jahrhunderten geschaffene Organismus sei verbraucht. «Ce qui animait n'anime plus!» Und das als Folge von vier schicksalhaften Prozessen: der ungeheuerlichen Entwicklung der Maschine, dem Einbruch der Massen in die Arena, der völligen Abnutzung der historischen Aristokratien und der fürchterlichen Entchristlichung des modernen Geistes. Aus dem Tode aller Hierarchien, dem Erlöschen der Lebenskraft in den alten Klassen erwachse die schwere und unmittelbare Gefahr, daß der Erdball wieder von dem endlosen Meere der «égalisation» bedeckt werde.

Chateaubriant glaubt nicht, daß irgend eine der neuen sozialen Formeln bereits auf dem Punkte sei, «de réaliser collectivement cette merveille qu'est la vie de la conscience véritable». Aber er ist doch überzeugt, daß «une spiritualité nouvelle est en voie d'être révélée au monde», denn die gegenwärtige Krise sei der «cri de la conscience profonde dans les voies de la spiritualité». Den Keim dieser neuen Geistigkeit findet er im Nationalsozialismus, insofern als dieser die «indépendance à l'égard de la ratiocination» und damit die «dépendance totale de l'esprit de l'homme à l'égard de Dieu» vertrete. Wenn Hitler dieser Absage an die menschliche Vernünftigkei und dieser Neuinthronisation des göttlichen Geistes den Namen «germanisch» gebe, so habe das nichts zu sagen, «pourvu que Dieu vive» — nämlich in Hitlers Werk. Auch wenn zahlreiche Irrtümer, blindes Tasten, dumpfe Mißgriffe und unvermeidliche Verwirrungen noch den Weg verdunkelten, so sei doch schon die Haupttat getan, nämlich die neue Anschauung vom Menschen als Grundlage zu gewinnen: nachdem der christliche Mensch, im Sinne der feudalen Gesellschafts-epochen, verschwunden sei und ebenso der an seine Stelle getretene Mensch der Renaissance, suche man mancherorts heute auf gefährlichem Irrwege den Proletarier als den Menschen unserer Zeit zu kristallisieren. Die Aufgabe sei aber

gerade umgekehrt die, den «Proletarier» zu entproletarisieren, den Proletarier, der von Haß geladen und «dépourvu des fortes puissances ingénues de l'âme créatrice primitive» gänzlich ungeeignet sei, den neuen Menschen darzustellen. Statt seiner den Menschen zu schaffen, der in Kraft und Freude das neue Leben bejaht und meistert, sei das Ziel, dem der Nationalsozialismus von allen Formen der Gegenwart am nächsten komme.

Soweit der *Franzose*. Ganz anders klingt es aus der wohl eingehendsten Arbeit eines *Deutschen* über den Nationalsozialismus, aus dem Buche des früheren nationalsozialistischen Senatspräsidenten von Danzig, Rauschning: «Die Revolution des Nihilismus².» Rauschning, der als echter Deutscher den Ausgangspunkt im Weltanschaulichen nimmt, legt dar, daß das Dritte Reich eine doktrinlose nihilistische Revolution sei, die als einzigen Sinn des Lebens die Gefährlichkeit, als Aufgabe die Herrschaft und als Mittel die Gewalt betrachte; die das Staats- und Volksleben entgeistige und sittlich aushöhle; die die Dummheit und Feigheit des Bürgertums ausnutzend, einen Scheinkampf gegen den Bolschewismus führend alle bestehenden Werte zersetze und die Herrschaft einer zynisch-amoralisch gezüchteten «Elite» zum Ziele habe.

Es mag sein, daß Herr Rauschning von starker Verbitterung wegen seines persönlichen Emigrantenschicksals erfüllt ist; auf alle Fälle bleibt der Abstand zwischen ihm und Chateaubriant erstaunlich. Versuchen wir, von beiden Extremen uns fernhaltend, als unbefangene Beobachter, ein Bild von den Tatsachen zu gewinnen.

Gerade in der Schweiz, aber überhaupt in allen Ländern, die dem demokratischen Ideale ergeben sind, müssen die Ausführungen des katholischen Franzosen und geistvollen Schriftstellers lebhaft überraschen. Und doch sind sie im Munde eines Franzosen psychologisch leicht zu erklären. Niemand in der Welt und am allerwenigsten ein nationalbewußter Franzose kann sich mehr dem Eindrucke einer offensären politischen «inefficacité» der großen Demokratien sowohl den inneren wie den äußeren Problemen gegenüber entziehen. Man empfindet einen Mangel an straffer Führung und an politischer Stetigkeit. Über unendlichen Parlaments- und Presseerörterungen geht die Fähigkeit, rasch zu entscheiden, verloren. In sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht arbeitet das parlamentarische System schwerfällig und scheint nicht in der Lage, den großen Problemen schnell und wirksam zu Leibe zu gehen. Die Überzeugung verbreitet sich, daß die politischen Formen und Einrichtungen der großen Demokratien in wesentlichen Dingen der heutigen Zeit nicht mehr entsprechen; daß die Forderungen der Französischen Revolution und des Liberalismus entweder zur Selbstverständlichkeit geworden oder bereits überholt seien. Der Zweifel wächst, ob die großen Demokratien es überhaupt noch fertigbringen werden, den *Anschluß an die stürmisch voranschreitende Zeit zu gewinnen* und aus sich heraus menschliche und staatliche Lebensformen zu schaffen, die der modernen Entwicklung gerecht werden. Niemand kann sehnlicher als der

Schweizer wünschen, daß es ihnen gelingen möge. Wie das möglich wäre, darüber haben Hans Huber und Karl Meyer erst kürzlich bemerkenswerte Ausführungen gemacht³. Aber von einem europäischen Standpunkt aus müssen wir uns die Frage stellen, ob an Stelle der Demokratien der totalitäre Staat, insbesondere seine lebendigste und stärkste Anwendung, der Nationalsozialismus, berufen sein wird, den Staat und den Menschen der Zukunft zu schaffen.

Seine Verfechter begnügen sich nicht mit dem von inneren Vorbehalten nicht ganz freien Optimismus eines Chateaubriant. Sie sind von der absoluten Sicherheit erfüllt, daß die Zukunft ihnen gehöre, daß ihr Staat «ewig» sei. Dieser Glaube an sich selbst, der Hitler erfüllt und den manche Kreise des deutschen Volkes ihrerseits in fast religiöser Form dem Führer entgegenbringen, ist allein schon geeignet, dem Nationalsozialisten einen gewaltigen Vorsprung vor den an sich selbst zweifelnden Demokratien zu verschaffen. Vorwürfe, die extra muros et intra gegen die totalitäre Staatsführung erhoben werden: Brutalität nach außen und innen, Unterdrückung des Individuums und der geistigen Freiheit, Untergrabung der Vertrauensverhältnisse, stürmischer Rückgang der Kultur und des Verantwortungsgefühls des einzelnen — diese Vorwürfe werden entweder in ihrer Tatsächlichkeit bestritten oder damit abgewehrt, daß es sich um unvermeidliche, oft durch gegnerische Machenschaften gesteigerte Kinderkrankheiten handle. Es wird ihnen aber auch mit einem grundsätzlichen Argument entgegengetreten, nämlich dem, daß alle diese Kritiker einen falschen Ausgangspunkt hätten, entweder den vom Individuum oder den von der Menschheit her, während man einzig und allein von dem durch Blut und Boden geformten Volk auszugehen habe, wodurch der Mehrzahl der Vorwürfe die Grundlage entzogen würde. Den wichtigsten Schlag aber gegen alle Zweifler führt der Nationalsozialismus mit dem Hinweis auf die erzielten Erfolge auf innen- und außenpolitischem Gebiet. Und das ist der Punkt, der uns im Zusammenhang dieses Aufsatzes besonders angeht; sind diese Erfolge derart, daß durch sie die Frage nach der künftigen, wirksamen Staatsform, nach dem «zoon politikon» der kommenden Zeit ohne weiteres beantwortet wird? Ist der Nationalsozialismus, trotz aller oben ange deuteten Bedenken, von einem objektiven, «europäisch» denkenden Beobachter als das System der Zukunft anzuerkennen?

Ehe wir uns an eine Antwort auf diese Frage heranwagen, ist es nützlich, einen kurzen Blick auf die *Entstehung des Nationalsozialismus* zu werfen. Wie bei jeder geschichtlichen Erscheinung sind dabei die «Urgründe», das heißt die allgemeinen Entwicklungen, durch die sie erzeugt wurde, von den Ursachen zu unterscheiden, die die Geburt ausgelöst haben. Für die ersten hat Chateaubriant die richtigen Hinweise gegeben: die Industrialisierung, samt der von ihr hervorgerufenen Entstehung des Proletariats, verbunden mit der ungeheuren Erweiterung und zugleich Überwindung der Räume durch die moderne Verkehrs- und Nachrichtentechnik, haben die Staatsformen des 19. Jahr-

hunderts mehr und mehr zwei entscheidenden Problemen gegenüber versagen lassen: dem Problem der Masse und dem Problem der Führung. Es fällt nicht in unsren Rahmen, diesen Zustand im einzelnen zu schildern. Uns interessiert hier mehr die zweite Kategorie der Ursachen, nämlich diejenigen Vorgänge, die dazu geführt haben, diesen Wandel der Dinge gerade in der Form des Nationalsozialismus und gerade jetzt im Deutschen Reich zum Ausbruch kommen zu lassen. Wenn je das Wort des griechischen Philosophen, daß der Krieg der Vater aller Dinge sei, Wahrheit geworden ist, so in diesem Falle. Denn der Weltkrieg ließ in einem ungeahnten Maße für den Staat die unerbittliche Notwendigkeit entstehen, schlechthin alle Lebensaktivität des Volkes, wirtschaftliche, geistige, sittliche, mit eisernem Griff der Kriegsführung dienstbar zu machen. Der Begriff des totalen Staates war damit geboren, und zwar nicht nur unmittelbar für den gerade geführten Krieg, sondern in dem Sinne für alle Zukunft, daß ja ein Staatswesen mit der Notwendigkeit einer solchen äußersten Probe auf seinen Bestand immer als möglich rechnen muß und folglich versucht wird, schon im Frieden die Staatsgewalt mit der für diesen Fall erforderlichen Kraft und Reichweite auszustatten. Der Staatsrechtler Schmitt, zur Zeit in Ungnade gefallener Theoretiker des Dritten Reiches, hat das politisch klar entwickelt, nachdem Ludendorff es sowohl in der Praxis militärisch durchgeführt wie später grundsätzlich gefordert hat. H. Barth hat den Gedanken vom Standpunkt des Schweizers anschaulich gemacht, während Rauschning aus dieser Theorie seine Kritik am Nationalsozialismus entwickelt. Aber gerade der nichtdeutsche Beobachter darf dabei nicht übersehen, daß diese ganze Lehre in Deutschland aus einer keineswegs grundsätzlichen, sondern ganz spezifischen Ursache entstanden ist, nämlich *im Kriege* aus der Lage der belagerten Festung, *nach dem Kriege* aus der Tatsache des Unterliegens. Nur so ist die besondere Psychologie zu erklären, die für den mehr oder weniger befriedigten Sieger (Italien war durchaus unbefriedigt!) zunächst gar nicht in Frage kam.

Wie war nun der tatsächliche politische Zustand Deutschlands, der sich in den Jahren nach dem Kriege heranbildete?

Das für unbesiegbar und unerschütterlich gehaltene Reich Bismarcks hatte durch Krieg und Revolution materiell und moralisch einen heftigen Erdstoß erfahren, der Sprünge in den Gebäuden hervorrief, bisher mehr oder weniger verborgene Schwächen offenbarte und Gefahrenherde aufbrechen ließ. Nichts wäre falscher als anzunehmen, daß das Reich faul und brüchig, zum Zerfall reif gewesen wäre. Im Gegenteil, der Krieg zeigte dem neutralen Beobachter eine erstaunliche innere Gesundheit und Widerstandskraft. Die wesentlichen Stützpfeiler des Bismarckschen Baus wurden nicht nur durch die Katastrophe, sondern auch durch die Zeit der Weimarer Republik hindurchgerettet. Aber Tatsache blieb doch der Verlust eines Krieges mit furchtbaren Folgen; und wenn man dem Reich auch nicht das Besiegtenwerden durch Hunger und Über-

macht vorwerfen konnte, so doch das Hineintaumeln in einen Krieg, dank einer unzureichenden Außenpolitik, die es den Feinden und Neidern Deutschlands leicht machte, mehr als die halbe Welt gegen das Reich ins Feld zu führen; ferner die schwächlich-widerspruchsvolle Führung der Politik im Kriege. Was die innere Politik angeht, hatte das Reich, besonders seit Bismarcks Abgang, doch Fehler begangen, die sich in einer so gewaltigen Feuerprobe rächen mußten. Unter dem Gesichtspunkt der heutigen Entwicklung interessieren besonders drei:

die Unfähigkeit, den Reichs- und Staatsgedanken in den Massen der Industriearbeiter Fuß fassen zu lassen; die Indolenz gegenüber der Durchsetzung weiter Bereiche durch das Judentum; und die unzureichende Widerstandskraft gegenüber dem politischen Katholizismus.

Die Weimarer Republik, der man zubilligen muß, daß sie nach Krieg und Revolution bestimmt kein leichtes Erbe antrat, zeigte sich gänzlich unfähig, einen Bau zu errichten, der, bei Erhaltung des Wertvollen, der Zeit Rechnung getragen hätte und vom Geist einer lebendigen Erneuerung erfüllt gewesen wäre. Außenpolitisch trieb sie jene Erfüllungspolitik, über deren Grundsatz die Geschichte urteilen mag, über deren Methode aber in Deutschland das Urteil gesprochen ist, weil sie, statt das Nationalgefühl wieder zu heben und zu stärken, sich dem umgekehrten Vorwurf aussetzte. Innenpolitisch kamen die sich folgenden Koalitionsregierungen über einen parlamentarischen Kuhhandel schlimmster Art nicht hinaus. Die Staatsautorität schwand dahin, und in den drei Richtungen, die vorhin als Gefahrenquellen des alten Reichs angedeutet wurden, erzielte man, was die erste, die soziale, angeht, keinerlei Fortschritt, dem Judentum und der politischen Kirche gegenüber vollzog man eine Kapitulation. Gerade das Versagen auf diesen Gebieten lieferte dem Nationalsozialismus die Waffen.

Was aber tat die nationale Opposition? Sie «aß» vom Parlamentarismus und erstarrte, statt aus der Vergangenheit zu lernen, in veralteten Gedanken-gängen. Versuche, die nicht fehlten, neue Ideen auf die Fahne zu schreiben, vor allem solche sozialer Art, wurden schon bei der Geburt erstickt.

Der Führer des Nationalsozialismus, durch das Vorbild Mussolinis geschult, hütete sich von Anfang an, solche Fehler zu begehen. Er war und blieb vor allen Dingen *kompromißlos* und hielt, sowohl schwerster Bedrängnis wie lockender Versuchung gegenüber, durch. Die erwähnten Versäumnisse des alten Reichs klar erkennend, jede Schwäche der Weimarer Republik schonungslos ausnützend, zu jedem Opfer bereit und von unerschütterlichem Glauben an die eigene Mission erfüllt, stellte Hitler ein Programm auf, das dem zerfahrenen und enttäuschten Deutschen Erlösung versprach, Erlösung vor allem von der außenpolitischen Knechtschaft von Versailles, sodann von der Mißwirtschaft des Marxismus und Parlamentarismus, und das *die* Feinde angriff, die das Volk als solche empfand, nämlich den kommunistischen Volksführer, das jüdi-

sche Übergewicht auf vielen Gebieten, das politische Priestertum und den unsozialen Angehörigen der besitzenden Schicht. Indem Hitler der politischen Schwäche nach außen den nationalen Gedanken als Sache des ganzen Volkes gegenüberstellte und indem er, als Sohn des Volkes, die Sprache zu sprechen verstand, die der Masse, vor allem des kleinen Mittelstandes, verständlich war, gewann er die Millionen. Der Glaube triumphierte. Noch in der Opposition und gegen die Machtmittel des freilich schwächlichen Weimarer Staates wurde hinter der Fahne Hitlers eine Volksbewegung gesammelt, wie sie die Geschichte nicht kannte. Eine schwere Niederlage im Jahre 1923 wurde mit Zähigkeit überwunden, ein gefährlicher Rückschlag gegen Ende des Jahres 1932 alsbald wieder ausgeglichen. Die Gegner lähmte das bleiche Entsetzen, der alte Reichspräsident fühlte die junge, elementare Macht, und die politische Rechte ermöglichte, unter dem Eindruck des nationalen Schwunges der Bewegung, auch parlamentarisch den Tag von Potsdam. Der Führer der Bewegung wurde der unumschränkte Herrscher des Reiches. Die *unzweifelhaften äußersten Erfolge* des Nationalsozialismus in den bald 6 Jahren seiner Regierung zu schildern, hieße Eulen nach Athen tragen. Gestützt moralisch auf den festen Glauben großer Teile des Volkes an Hitler und auf den ebenso festen Glauben des letzteren an sich und an seine Inspiration, gestützt materiell auf die schnell und zäh geschaffene gewaltige Wehrmacht und auf ein über das Land gespanntes lückenloses Netz der Parteiorganisationen, hat das nationalsozialistische Reich die heute vor allen Augen liegende außenpolitische Ernte ohne Krieg, allerdings unter leichtherziger Übernahme des schwersten Kriegsrisikos, eingebracht. Hitler hat durch ein gewaltiges Programm öffentlicher Arbeiten und militärischer Rüstungen die Arbeitslosigkeit beseitigt und die Wirtschaft angespornt, Straßen und öffentliche Einrichtungen aller Art in größtem Stile gebaut. Er hat endlich die nationalsozialistische «Weltanschauung» auf allen Lebensgebieten zur äußerlich absolut herrschenden gemacht und alle politischen Gegner zerschmettert oder in die Katakomben gescheucht.

Gegenüber solchen Ergebnissen scheint es kühn, die Frage überhaupt aufzuwerfen, ob der Nationalsozialismus ein gesundes und dauerhaftes, für eine große Zukunft vorbestimmtes politisches System darstellt, statt nur eine durch Krieg und Nachkrieg erzeugte vorübergehende Krisenerscheinung zu sein. Und doch wird in wachsendem Maße Zweifel an der Berufung des Nationalsozialismus laut, sowohl im Ausland wie in Deutschland.

Dieser Zweifel wird von einer großen Zahl seiner Kritiker vor allem wirtschaftlich begründet. In der Tat ist die finanzielle Lage des Reiches unheimlich angespannt, die Goldbasis seines Geldes gleich null, der Außenhandel reduziert und zum guten Teil künstlich durchgehalten, die steuerliche Belastung, die durch anders benannte Abgaben an Partei und Staat unsichtbar gesteigert wird, unerhört hoch, die Lage der Landwirtschaft, vor allem der bäuerlichen, schwer bedroht, die Autarkie endlich ein System, das eine furchtbare Quali-

tätsverschlechterung auf vielen Gebieten und eine verhüllte Inflation hervorruft. Bei vielen dieser Erscheinungen handelt es sich indessen um Dinge, die nicht eigentlich grundsätzlicher Natur sind. Man kann nur bei einem Teil sagen, daß sie ein System hatten. Krisenhafte Vorgänge und Entwicklungen solcher und anderer Art finden sich wechselnd auch in nichttotalitären Ländern; sogar staatssozialistische Methoden, die im Dritten Reich bedrohlichere Ausmaße annehmen, sind heute auch demokratischen Ländern nicht mehr fremd. Wir wollen es daher berufeneren Federn überlassen, die Fehler des nationalsozialistischen Regimes auf dem wirtschaftlichen Gebiet kritisch zu untersuchen. Unsere Aufgabe ist es heute, andere Gesichtspunkte herauszuhaben, die dafür bestimmt sind, daß sich sehr ernste Zweifel an der Fähigkeit des Nationalsozialismus erheben, den Staat und den politischen Menschen der Zukunft zu entwickeln. Die wichtigsten drei scheinen uns folgende zu sein:

1. Die entsittlichende und den Geist tötende *Überspannung der Totalität*.
2. Das Fehlen *jeglicher Kontrolle* im Staatsleben.
3. Der Mangel an einem *organischen Staatsaufbau*.

Wenden wir uns zunächst zur Überspannung der Totalität. Diese Überspannung betrifft: *Die Gesinnung*, das *geistige Leben*, die *Religion* und die *Rasse*. Wir sagen Überspannung und erkennen damit an, daß in dem vom Nationalsozialismus aufgestellten Begriff der Totalität ein gesunder und lebensfähiger Kern steckt. Vielleicht ist es überhaupt dieser Kern, der das Dritte Reich und ähnlich den Staat des Duce zu ihren äußeren Erfolgen befähigt und allen «demokratischen» Ländern im politischen Kampf überlegen gemacht hat. Diesen Kern erblicken wir in dem mit Klarheit und Energie herausgestellten Grundsatz, daß das Volk für die Staatführung nicht nur das Höchste, sondern schlechthin alles sei, daß jedem Deutschen sein Volkstum höchster Besitz und oberste Richtschnur sein müsse. Indem der Nationalsozialismus verlangt, daß sich alle politischen Handlungen des Ganzen und des einzelnen aus dieser einzigen Quelle herleiten lassen müssen, daß der «Gemeinnutz» unbedingt vor «Eigennutz» zu gehen habe und daß jeder Deutsche sich in jeder Stunde und in jeder Lage als Glied der Volksgemeinschaft zu fühlen habe, stellt er die höchste politische Forderung und sollte, wenn sie in ihrer sittlichen Bedeutung und Begrenzung erfüllt wird, auch die höchste politische Leistung erzielen. Diese Lehre erhält nun ihren besonderen Charakter durch die deutsche Eigenschaft, alle Dinge weltanschaulich anzufassen und auch die politischen Axiome weltanschaulich zu begründen. Es erwächst das eigenartige theoretische Gebilde der nationalsozialistischen «Weltanschauung». Hierbei wird mehr und mehr aus dem gesunden völkischen Gedanken eine primitive Vergottung des eigenen Blutes entwickelt, die das Volk selbst auf den Altar stellt

und keine anderen Quellen des Lebens mehr anerkennt. Führer und Geführte verlieren das Augenmaß für die mannigfaltigen Erscheinungen des Lebens und der Kultur; man meint alles auf einen Nenner bringen und durch Schlagworte die Ergebnisse jahrtausendelanger Entwicklung und menschlicher Geistesarbeit erledigen und ersetzen und zugleich das Deutschtum aus allen nicht-deutschen Bindungen und Zusammenhängen herauslösen zu können.

Hieraus entstand zunächst die Maxime, daß die *Gesinnung* als ausschlaggebendes Kriterium für die Betätigung im Staats- und Volksleben anzusehen sei. In dem Bestreben der Partei, den ganzen Staatsapparat in die Hand zu nehmen, übersah man häufig genug, daß Treue und Kampfesenergie nicht allein ausreichen, sachliche Aufgaben zu erfüllen, vor allem aber, daß in dieser bösen Welt die Maßgeblichkeit der «Gesinnung» leider auf ein Prämieren des Lippenbekenntnisses oder der aus Angst oder Eigennutz geborenen Liebedienerei hinausläuft, damit zugleich auf den Minenkrieg gegen den der falschen Gesinnung verdächtigen Wettbewerber. Diese Form der Totalität, das heißt des Vorschreibens einer parteigefälligen Weltanschauung, führt zum Verderb jedes personellen Apparats, und in der Tat läßt sich diese Wirkung in Deutschland bereits beobachten. Immer häufiger ergibt sich, daß in kleinen und großen Verhältnissen ein sachlich unfähiges, tyrannisches Kazikentum sich breit macht, daß ungeeignete Parteimänner, oft mit zweifelhafter Vergangenheit, an die Spitze der Behörden, Bezirke und Körperschaften treten und die tadelfreien, aber angeblich nicht gesinnungstüchtigen, bewährten Funktionäre allerorts hinaus- oder auf die Seite drängen. An die Seite dieser Erscheinungen tritt die Gestapo. Die jeder Kontrolle baren, das Licht scheuenden, brutalen und gewissenlosen Methoden dieser Behörde haben vielleicht von allen Dingen am meisten dazu beigetragen, Haß gegen die Regierungsmethode des Dritten Reiches zu erzeugen und das dem Ausländer begegnende böse Wort der «Fremdherrschaft» über Deutschland entstehen lassen. Das ist der Zustand, den ein fremder Diplomat den Sieg des «Boche» über den Deutschen genannt hat. Jeder Reisende in Deutschland kann bemerken, welche Atmosphäre durch dieses Polizeisystem und die organisierte Bespitzelung erzeugt worden ist. Niemand wagt das sachlichste Wort der Kritik an Staat oder Partei zu äußern, ohne sich sorgfältig verschlossener Türen und Fenster, zugedeckter Telefone und so weiter zu versichern. Die schlimmste Heuchelei wird erzeugt, der bürgerliche Mut ertötet. Auch auf der Politik fernliegenden Gebieten wird sachliche Kritik unterbunden. Ein charakterlicher Verderb setzt ein, in dem der einzelne immer häufiger der Versuchung unterliegt, durch eine kaum in den schlimmsten Zeiten des Byzantinismus herrschende Servilität oder durch Denunziationen «oben» Wohlwollen zu gewinnen. Die wahren Feinde des Staats aber bleiben unerkannt; insbesondere lebt der revolutionäre Sozialismus, seiner legalen Formen beraubt, in ungebrochener Kraft unter der Decke der «nationalsozialistischen» Gesinnung weiter.

Der Überspannung der Totalität hinsichtlich der Gesinnung tritt nun diejenige auf dem Felde des *geistigen* Lebens zur Seite. Was zunächst die Wissenschaften und Hochschulen angeht, so ist ihr Niedergang aus zwei Gründen erschreckend, einmal unter dem Gesichtspunkt der Lehre, indem ihrer Freiheit und der Freiheit der Forschung in einer oft grotesk anmutenden Weise Ketten angelegt werden, das heißt ihre Übereinstimmung mit der offiziellen nationalsozialistischen Weltanschauung verlangt wird. Das geht so weit, daß Lehren der exakten Wissenschaften verworfen werden, nur weil sie von Juden aufgestellt worden sind. Sodann tritt auch hier das gleiche personelle Prinzip in Erscheinung, das im übrigen Staatswesen zerstörend wirkt, nämlich das Aufstellen der Gesinnung als Kriterium für die Übertragung der Lehrstellen. Die Folge ist ein starker Rückgang von Lehre und Studium nach der Qualität, übrigens aber auch nach der Anzahl der Studierenden, die, bei so geringer Einschätzung der wissenschaftlichen Leistung, den Militärdienst oder die Parteilaufbahn vorziehen. Der Kultus der Gewalt, als Mittel des menschlichen Erfolges, verdrängt auf allen Gebieten der Erziehung die Pflege des Geistes.

Auch in der Mittelschule zeigt sich ein für den Ausländer, der an eine außerordentliche Höhe des deutschen Schulwesens gewohnt ist, erstaunliches Abnehmen der wissenschaftlichen Anforderungen, die hinter Sport und Parteibetätigung zurücktreten müssen.

Das zweite große Gebiet geistiger Art, auf dem die Überspannung der Totalität ihre Früchte trägt, ist das der *Religion*. Hier bedarf es angesichts der klar vor unseren Augen liegenden Tatsachen nur weniger Worte. Im Widerspruch zu einer Grundthese des Parteiprogramms und zu zahlreichen Lippenbekenntnissen zum «Allmächtigen» und zur «Vorsehung» wird die Tendenz immer deutlicher, das Christentum zu entthronen und die Religion in einer substanzlosen, ihres sittlichen Gehalts beraubten Form über den Wassern schweben zu lassen, sofern man nicht eine religiöse Verehrung der eigenen Nation als Substanz ansehen will.

Was die Kirche angeht, so muß zwischen der Lage der *katholischen* und der *evangelischen* Kirche unterschieden werden. Ein Kampf des heutigen Staates mit der ersten war unvermeidlich. Hier stießen zwei totalitäre Ansprüche aufeinander, die einen Ausgleich ohne scharfes Aufeinanderprallen nicht finden konnten, zumal nicht in einem Lande, in dem seit Jahrzehnten die den politischen Katholizismus verkörpernde Zentrumspartei einen in der Weimarer Republik zur Vorherrschaft gesteigerten Einfluß ausgeübt hatte. Der Vorwurf, der gegen den Nationalsozialismus zu erheben ist, geht nicht dahin, daß er diesen Kampf aufgenommen hat, sondern er richtet sich gegen die eben skizzierten Motive des Kampfes und der Art, wie er geführt wurde. Wenn es sich wirklich nur darum handelte, die Rechte des Staates gegenüber der Kirche zu wahren, so wäre es auf dem Boden des Konkordates wohl möglich gewesen, den Ausgleich zu finden, sofern der nationalsozialistische Staat den Frieden

gewollt hätte. Statt dessen hat man die Kirche und ihre Glieder durch brutales Übergreifen in die kirchlichen Bezirke und vor allem durch weltanschauliche Mißgriffe nach Art des «Mythos» aufs Blut gereizt. Gewiß hat es auf der Gegenseite nicht an Fehlern gefehlt. Gerade diese hätten aber, bei vorhandenem guten Willen, einer weisen Behandlung des Problems den Weg zum Erfolg für das Dritte Reich gesichert. Wenn der Kampf aber auch auf die evangelischen Kirchen übergegriffen hat, so war das, wenn wirklich der Kampf nur der Verteidigung des Staates gegen Übergriffe der Kirche gegolten hätte, gänzlich überflüssig. Denn ein Totalitäts- oder auch nur Machtanspruch war auf evangelischer Seite nicht vorhanden. Im Gegenteil, die evangelische Kirche war bereit, sich dem neuen Staat einzuordnen, und unter ihren Geistlichen waren nicht wenige aktive Vertreter des Nationalsozialismus. Wenn man trotzdem den Kampf gegen sie vom Zaune gebrochen hat, so ist das der beste Beweis dafür, daß es sich nicht darum handelte, Staat und Kirche gegeneinander abzutrennen, sondern die christlichen Kirchen aus dem öffentlichen Leben herauszudrängen.

Endlich die *Rassenfrage*. Sie hat besonders durch die Novembervorgänge einen höchst bedenklichen Charakter angenommen⁴. An gewissen Stellen der Partei offenbarte sich eine geradezu tierische Barbarei, die, wenn sie als symptomatisch betrachtet werden muß, das Schlimmste befürchten läßt. Die in wachsendem Maße einsetzende, geradezu sadistische und mit unmittelbaren Bereicherungsabsichten verbundene Zerstörung aller Existenzgrundlagen der Juden, die Brutalisierung des einzelnen harmlosen Angehörigen dieses Stammes mußte nicht nur im Ausland den moralischen Kredit des Dritten Reiches schwer schädigen, sondern vor allem im Inland in fürchterlicher Weise entstehend wirken, niedrige Leidenschaften erwecken und im Wettbewerb aller Art den Kampf mit vergifteten Waffen erzeugen. Jeder anständige Deutsche gibt das dem Ausländer zu. Die Gesamtheit dieser Erscheinungen, die in verschiedener Form den Totalitätsgedanken überspannen, ist ein Schwächezeichen erster Ordnung. Wie muß es um eine Weltanschauung innerlich bestellt sein, wenn sie solcher Mittel bedarf, um sich durchzusetzen!

Der zweite Hauptgesichtspunkt, den wir zu behandeln haben, ist nicht weniger wichtig: *Das Fehlen jeglicher Kontrolle*. Unter Kontrolle ist das Einschalten von Faktoren in den Staatskörper zu verstehen, die, unabhängig von den anderen Faktoren, eine nachprüfende Aufsicht ausüben. Sofort erhebt sich hier, im Rahmen des totalitären Gedankenganges, die Frage, ob es denn im Führerstaat eine derartige Unabhängigkeit überhaupt geben könne. Wir werden darauf im letzten Teil unseres Aufsatzes, demjenigen über den organischen Staatsaufbau, zurückkommen. Hier genügt es, festzustellen, daß in der Tat auf dem vielleicht wichtigsten Anwendungsgebiet des Kontrollgedankens, nämlich dem der Justiz, diese Unabhängigkeit von führender nationalsozialistischer Seite auch grundsätzlich angefochten wird.

Drei Formen der Kontrolle sind ins Auge zu fassen: die *gesetzliche* als eine, nicht als einzige Funktion der Justiz, die *politische*, meist in Form des Parlaments, und die *technisch-rechnerische* in Form der Rechnungshöfe. Die zuletzt genannte ist in Deutschland noch vorhanden, indessen mehr der Formel als der Sache nach, insofern als sich ein ungeheurer Teil der Verwendung der öffentlichen Gelder, vor allem der Millionen, über die die Partei, die Arbeitsfront und so weiter verfügen, dieser Kontrolle entzieht. Unzweifelhaft liegt hier eine der ergiebigsten Quellen der Verschwendungen und der Korruption, wie endlich des Mißtrauens im Volke gegen die Finanzgebarung.

Das *Parlament* gibt es nur noch in reiner Statistenrolle. Irgendeine Kontrolle übt es nicht mehr aus.

Endlich die *Justiz*. Mit ihr berühren wir vielleicht den bedenklichsten Punkt der nationalsozialistischen Staatspraxis überhaupt. Man kann dagegen nicht einwenden, daß ein breites Gebiet der gewöhnlichen Ziviljustiz von jedem Eingreifen und jeder Beeinflussung frei sei. Darauf kommt es politisch und unter dem Gesichtspunkt der Kontrolle nicht an. Hierfür ist entscheidend, daß nicht nur tatsächlich, sondern auch grundsätzlich die Bindung des Richters an das Gesetz weitgehend aufgehoben ist, daß die Partei für ihre Gesichtspunkte eine unmittelbare Berücksichtigung in der Rechtsprechung durchsetzt und für ihre Angehörigen eine Art Kompetenzkonflikt zu erheben sich befugt hält, und daß die Unabhängigkeit des Richters ganz problematisch geworden ist. Wenn von nationalsozialistischer Seite darauf hingewiesen wird, daß diese Unabhängigkeit insofern noch besteht, als der Spruch des Richters durch die Staatsautorität nicht aufgehoben werden könne, so ist dies reine Theorie. Denn die Lage ist so, daß der Richter, aus berechtigter Sorge vor Maßnahmen gegen sich selbst, gar nicht wagen kann, ein der Partei nicht genehmes Urteil zu fällen. Es genügt, die offiziellen Verlautbarungen des Vorsitzenden der Akademie für Deutsches Recht zu verfolgen, um zu wissen, in welchem Zustand der völligen Verwirrung sich der Rechtsbegriff und die Vorstellung der Unabhängigkeit des Richters befinden. In Strafsachen ist der Zustand heute so, daß vielfach Verurteilungen ausgesprochen werden, die mit Rechtsprechung nichts mehr zu tun haben, und daß andererseits schwere Straftaten nicht mehr verfolgt werden (30. Juni 1934!), wenn die Partei es verlangt. Endlich setzen sich die Partei und vor allem die Gestapo über die Justiz ohne weiteres hinweg, indem sie ihr vor- oder nachgreifen und zahllose Menschen, besonders in den Konzentrationslagern, ohne jede Untersuchung oder auch nur Anhörung gewalttätig verfolgen. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Justiz eine Kontrollfunktion, das heißt einen gesetzlichen Schutz gegen Willkür und eine gesetzliche Garantie für die Ahndung von Straftaten nicht mehr auszuüben vermag.

Wir kommen zum dritten Teil, der, wie bereits angedeutet, mit der Frage der Kontrolle eng zusammenhängt, wenn er sich auch in ihr nicht erschöpft: nämlich dem Problem des *organischen Staatsaufbaus*.

Ein organischer Staatsaufbau ist ein solcher, in dem eine geordnete Mitarbeit des Volkes an der Regierung und Verwaltung sichergestellt ist. Organisch bedeutet da etwa «gewachsen», das heißt der natürlichen Entwicklung der Kräfte des Volkes im Wechsel der Zeiten entsprechend. Es liegt auf der Hand, daß die *absolute* Monarchie und die Diktatur einen solchen organischen Staatsaufbau nicht besitzen; noch weniger natürlich eine Pöbelherrschaft oder die Tyrannie einer Bande wie in Moskau. Im Sinne des 19. Jahrhunderts wurde die parlamentarische Demokratie, sei es in republikanischer, sei es in monarchischer Form, als «organischer» Staatsaufbau der Zeit angesehen. Die Frage, ob das heute noch als richtig gelten kann, haben wir bereits als offen bezeichnet. Was uns hier beschäftigt, ist das Problem, ob das Dritte Reich solchen Aufbau hat oder zu schaffen imstande sein wird. Daß es ihn nicht *hat*, ist eine Tatsache, die wohl niemand außerhalb der nationalsozialistischen Parteihierearchie in Zweifel ziehen wird. Wenn von dieser Seite eingewendet wird, daß man die Macht nicht nur auf verfassungsmäßigem Wege erworben habe, sondern sie auch seitdem fortlaufend durch Volksabstimmungen und Reichstagswahlen bestätigen lasse, so ist diese Behauptung vielleicht in ihrem ersten Teile richtig, in ihrem zweiten aber gar nicht ernst zu nehmen, da sich die in Rede stehenden Abstimmungen bekanntlich ohne Gegenkandidaten oder Gegenthese und ohne jede Möglichkeit, einen entgegengesetzten Standpunkt zu vertreten, unter dem eisernen Druck der Partei vollziehen.

Es scheint aber sogar, daß die Führung des Dritten Reiches einen organischen Staatsaufbau in dem angedeuteten Sinne auch für die Zukunft als überflüssig betrachtet. Hier liegt der Kernpunkt der Frage. Ein *vorübergehender*, auf Überwindung einer schweren Krise abgestellter diktatorialer Zustand, ohne organischen Staatsaufbau, ist durchaus denkbar, und gerade die diktatorischen Formen haben dem Dritten Reich in dieser Periode seine großen Erfolge eingebracht. *Auf die Dauer* muß eine solche Regierungsmethode in immer zunehmendem Maße verderblich sein, verderblich für den Staat als solchen, für das Volk als Ganzes und für den einzelnen, der jedes Verantwortungsgefühl verliert.

Der ältere Bruder des Nationalsozialismus, der Fascismus, hat das bald erkannt. Indem er die parlamentarische Demokratie nicht mehr für zweckmäßig erachtete, hat er von Anfang an darauf Bedacht genommen, an ihrer Stelle ein anderes, moderneres System organischen Staatsaufbaus zu schaffen, nämlich das korporative, also die berufsständische Organisation. Nur ist er dabei bisher auf halbem Wege stecken geblieben, indem er das Volk zwar nach Korporationen gegliedert und neuerdings auch eine zentrale korporative Nationalrepräsentation geschaffen hat, aber beruhend in Wahrheit nicht auf der aktiven Mitwirkung des Volkes, sondern auf der Oktroyierung von oben.

Hier wäre nun für das Dritte Reich die Gelegenheit gegeben, das Rennen gegenüber dem Fascismus zu gewinnen! Einer deutschen politischen Macht

könnte das um so leichter fallen, als man in Deutschland von jeher der Formaldemokratie zweifelnd oder ablehnend gegenüber gestanden und in den — innerhalb der Möglichkeiten seiner Zeit — «korporativen» Gedanken des Reichsfreiherrn vom Stein eine allerdings nicht fortgeführte deutschere und organischere Form der Nationalrepräsentation erblickt hat. Nicht als ob man diese heute ohne weiteres übernehmen könnte; die Zeit ist seitdem fortgeschritten und mit ihr das Volk. Der Grundgedanke bleibt aber derselbe: der einzelnen mit der Mitbestimmung der örtlichen und sachlichen Angelegenheiten zu trauen und ihm damit Verantwortung aufzuerlegen sowie, von kleinen Verbänden zum großen aufsteigend, den Staatsaufbau organisch zu entwickeln. Es muß die Aufgabe einer besonderen Behandlung dieses Gegenstandes sein, im einzelnen zu erörtern, wie diese Organe und ihr Verhältnis untereinander zu gestalten seien. Hier sei lediglich nochmals betont, daß kein Regierungssystem auf die Dauer ohne einen organischen, auf freier Mitwirkung des Volkes beruhenden Staatsaufbau bestehen kann, und daß es die große Aufgabe des Nationalsozialismus sein müßte, ein solches System zu entwickeln. So wie er, historisch und national gesehen, aus der Gedankenwelt des Freiherrn vom Stein die Anregung empfangen könnte, so würde er auch über die erforderliche organisatorische Kraft verfügen, wie er sie beim Aufbau der Parteiarchie und beim Beseitigen des Partikularismus an den Tag gelegt hat. Leider muß man fürchten, daß ihm das Verständnis für diese Aufgabe noch nicht aufgegangen ist. Das geht aus der Zerstörung der von ihm vorgefundenen örtlichen und bezirksweisen Selbstverwaltung hervor, die heute nur noch dem Namen nach vorhanden ist. Das zeigt ferner die Art, wie der korporative Gedanke, bisher ohne jeden organischen Zusammenhang und ohne Richtung auf den Staatsaufbau, angewandt wurde.

Die entscheidende *Frage* ist nun: Wird das in allen diesen Beziehungen anders werden? Wird der Gedanke des organischen Staatsaufbaus ergriffen und praktisch ins Werk gesetzt werden? Wird ferner die Notwendigkeit einer unabhängigen Kontrolle erkannt werden? Und endlich: wird der geistige und sittliche Tod durch den rücksichtslosen Abbau der Auswüchse der Totalität vermieden werden? Gerade in dieser letzteren entscheidenden Hinsicht fragt man sich, ob die leitenden Persönlichkeiten der Partei sich auch nur annähernd bewußt sind, worum es geht. Sie scheinen nicht zu bemerken, daß «Überspannung» gleichbedeutend mit «Entleerung» ist, das heißt, daß zu Gunsten einer immer inhaltloser werdenden Attrappe alle vorhandenen ethischen Werte zerstört und damit die Tore für das geöffnet werden, was der Nationalsozialismus zu bekämpfen geschworen hatte, nämlich für den toten Mechanismus bolschewistischen Gepräges. Nur wenn in dieser Beziehung und auf den beiden anderen, mehr praktisch-politischen Gebieten noch in letzter Stunde die Besinnung eintritt, kann man hoffen, daß sich aus dem Nationalsozialismus die Grundlage eines Staates der Zukunft entwickelt. Ob sich diese Hoffnung ver-

wirklicht, hängt von der Qualität der Männer ab, die das Schicksal des Deutschen Reiches in die Hand genommen haben, sowie davon, ob diese Männer groß und weitblickend genug sind, eigene Fehler zu erkennen, und ob sich unter ihnen Persönlichkeiten finden, die in letzter Stunde das Steuer herumreißen und, Hand in Hand mit den wertvollsten und politisch fähigsten Elementen des Volkes, an einen wirklichen Neuaufbau herangehen.

¹ Alphonse de Chateaubriant: «La gerbe des forces», Paris, Grasset, 1937.

² Hermann Rauschning: Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich, Zürich, Europa Verlag, 1938.

³ Bundesrichter Hans Huber und Prof. Karl Meyer, vergleiche NZZ vom 6. 2. 39, Nr. 277.

⁴ Der Verfasser erinnert hier an die skandalösen Pogrome im November 1938.

Rechtsradikalismus in den Vereinigten Staaten?

KARL O. PAETEL

Die USA sind ein Zweiparteienstaat. Alle Versuche, eine «Dritte Partei» — rechts oder links — ins Leben zu rufen, sind fehlgeschlagen. Keine der immer wieder aufgetauchten Minderheitsparteien ist je auf einen grünen Zweig gekommen. Aber es gibt durchaus *eggheads*, die gelegentlich an eine «radikale» Tradition anknüpfen möchten und etwa in der Frage der Atompolitik, ohne daß sich das schon organisatorisch auswirkt, einer pazifistisch argumentierenden «Neuen Linken» nicht fernstehen — und es gibt, weit deutlicher in Erscheinung tretend, so etwas wie eine «Neue Rechte» im Rahmen und am Rande der Republikanischen Partei.

Diese «Konservative Bewegung», die innenpolitisch gegen den «Wohlfahrtsstaat», vor allem aber außenpolitisch gegen die vorgebliche *Coexistence*-Politik der Administration Stellung nimmt, ist indes nur scheinbar eine Einheit. Wenn auch in der *National Review*, die William Buckley jun. herausgibt (wie selbst seine Gegner zugeben, ein Mann von Brillanz und Integrität), sich echte «jungkonservative» Ideologen mit McCartytischen Extremisten ein Stelldichein geben und die dem Senator Barry Goldwater nahestehende neu-konservative Jugendorganisation *Young Americans for Freedom* sich nur unwillig von den Gruppen der eigentlichen «radikalen Rechten» an antikommunistischer und antiliberaler Militanz übertreffen läßt. Im Grunde handelt es sich